

Nur Unionsparteien stehen zu Monsanto

Die Debatte um die Übernahme des amerikanischen Saatgutherstellers Monsanto durch die Bayer AG spaltet die Gesellschaft – und den Deutschen Bundestag. In einer Aktuellen Stunde kritisieren Abgeordnete der Grünen, der Linken und der SPD den Plan als schädlich für Bauern und Verbraucher. „Da sieht es schlecht aus“, sagte die Grünen-Politikerin Katharina Dröge. Allein Politiker aus CDU und CSU verteidigten das Geschäft. Formell ging es um mögliche kartellrechtliche Folgen, weshalb der CDU-Politiker Matthias Heider die Vorwürfe als vorschnell abtat. Niemand kenne den Vertrag, die Vorwürfe basierten nur auf Vermutungen: „Das ist ein bisschen dürftig.“ Er warnte davor, die Kartellbehörden politisch unter Druck setzen zu wollen. Faktisch ereiferten sich die meisten

Redner über das aus ihrer Sicht schädliche gentechnisch veränderte Saatgut, mit dem Monsanto und künftig Bayer Geschäfte auf Kosten der Landwirte, aber auch der biologischen Vielfalt machen wollten. Die Abgeordnete Kristina Schröder (CDU) wies darauf hin, dass die Fusion nach deutschem und europäischem Recht geprüft werde. Den Kritikern warf sie vor, sie seien „naiv, verantwortungslos und dekadent“.

Eva Bulling-Schröder aus der Fraktion Die Linke konstruierte einen historischen Zusammenhang: Bayer und seine Vorgängerkonzern hätten eben Erfahrung in der „Einteilung in richtiges und falsches Leben“. Als Teil der IG-Farben war Bayer an der Produktion von Zyklon-B beteiligt, ein Gas, mit dem die Nazis Juden ermordeten. ami.